

Die Intrigenchronik

Das Heinrich-Hansen-Haus in Lage-Hörste, die letzte Bildungsstätte der Ex-IG Medien, ist Geschichte. Eine Chronik.

Mit Gründung von ver.di als Zusammenschluß der fünf Einzelorganisationen Deutsche Postgewerkschaft (DPG), Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV), Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) und Industriegewerkschaft Medien (IG Medien) im Jahr 2001 standen 17 Bildungsstätten im Eigentum der neuen Mammutgewerkschaft.

Bereits im Mai 2002 beschloß der ver.di-Gewerkschaftsrat, höchstes Gremium zwischen den Bundeskongressen, der Empfehlung des hauptamtlichen Bundesvorstandes zu folgen, sechs Häuser zu schließen und zu verkaufen. Darunter fiel die Bildungsstätte der IG Medien in Springen/Taunus, ein Haus, das schwarze Zahlen schrieb.

Die Proteste dagegen aus Reihen der Ex-IG Medien beantwortete der ver.di-Bundesvorstand mit der Garantie, daß jede einzelne Quellgewerkschaft mindestens eine von ihr eingebrachte Bildungsstätte behielte. Für die IG Medien war dies das Heinrich-Hansen-Haus in Lage-Hörste/Teutoburger Wald.

Dies Versprechen wurde sowohl vom ver.di-Bundesvorstand als auch vom Gewerkschaftsrat im Jahr 2015 gebrochen.

Seit ver.di-Gründung wurden nötige Investitionen in das Heinrich-Hansen-Haus vernachlässigt, vergleicht man es mit Renovierungen und Ausbau anderer ver.di-Bildungshäuser. Erst die Leiter des Heinrich-Hansen-Hauses Holger Menze und Josef Peitz brachten das Seminarhaus unter großem persönlichen Einsatz baulich, belegungsmäßig und ökonomisch wieder auf Vordermann.

Im September 2014 wurde das 60-jährige Bestehen des Heinrich-Hansen-Hauses dort gefeiert. Es ist die einzige



Bildungsstätte der zu jenem Zeitpunkt bestehenden ver.di-Häuser, die nach dem 2. Weltkrieg von Mitgliedern und Funktionären der damaligen Druckergewerkschaft eigenhändig erbaut wurde. Es ist die einzige Bildungsstätte, in der Kulturtagungen und Seminare wie die "Druckertage", die "Tage der Typografie", Fachseminare, Versammlungen der in ver.di organisierten Künstler/innen und politische Veranstaltungen stattfinden und stattfinden können.

Im Jahr 2003 wurde bekannt, daß die zuständigen Behörden Brandschutzmängel festgestellt hatten. Doch erst im zweiten Halbjahr 2014 wurde das zur Beseitigung der Mängel erforderliche Budget vom ver.di-Bundesvorstand auf 3,5 Millionen Euro geschätzt, plus eine Million Euro für die entgangenen Einnahmen, die entstünden, wenn wegen der Bauarbeiten das Haus für ein Jahr geschlossen würde. Andere Schätzungen von Seiten der Befürworter des Hauserhalts beliefen sich auf unter eine Million Euro Gesamtkosten, da die Behörden einwilligten, die Brandschutzmängel sukzessive beseitigen zu lassen.

Dennoch empfahl am 23. Februar 2015 der ver.di-Bundesvorstand einstimmig dem Gewerkschaftsrat als Entscheidungsgremium, das Heinrich-Hansen-Haus zum 31.12.2015 zu schließen. Der Hausbeirat wurde darüber nicht informiert. Beraten wurde die

Entscheidung allerdings bereits viel früher: **Bereits Anfang Dezember 2014** erfuhren Mitglieder und Funktionäre von den Schließungsplänen, und es ist davon auszugehen, daß diese Pläne schon im September 2014 zur Jubilarfeier vorlagen, bei der Verantwortliche der ver.di-Immobilienverwaltung und hochrangige Berliner ver.di-Funktionäre das Haus lobten und ihm **eine goldene Zukunft versprochen**.

Daher ist die Einlassung von Monika Brandl, Vorsitzende des Gewerkschaftsrats, **wenig glaubwürdig**, wenn sie behauptet, sie habe erst im März 2015 von den Schließungsplänen erfahren.

Am 10. März 2015 folgte der Gewerkschaftsrat, das höchste Gremium ver.di zwischen den Bundeskongressen, der Empfehlung des Bundesvorstands: Das Haus solle zum 31. Dezember 2015 geschlossen werden. Einziges Argument: Die nötigen 3,5 Millionen Euro an Investitionen müßten im Erhaltungsfall der Streikkasse entnommen werden, die dadurch gefährdet sei.

Eine beispiellose Solidaritätskampagne, ausgelöst durch einen erstaunlich schnell gegründeten Unterstützerverein, rang dem Gewerkschaftsrat eine zweimonatige Frist ab, innerhalb derer die Unterstützer ein tragfähiges Konzept zur Weiterführung der Bildungsstätte vorlegen sollten.

Bis zum 11. Mai 2015, der folgenden Gewerkschaftsrats-Sitzung, wurden rund 200.000 Euro Spenden zum Erhalt des Hauses gesammelt. Vor allem aber legten die Unterstützer tatsächlich ein tragfähiges Konzept vor.

Die übergroße Mehrheit des Gewerkschaftsrates verwarf dieses Konzept am 11. Mai 2015, die meisten Mitglieder, ohne es überhaupt zur Kenntnis genommen zu haben. Hinzu kam, daß Frank Bsirske **wahrheitwidrig** behauptete, daß, wenn zum 31.12.2015 nicht geschlossen werde, alle Haftung auf ihn und Dina Bösch (damalige Bildungsverantwortliche im ver.di-Bundesvorstand) persönlich übergehen würde.

Ein Initiativantrag der Kollegin Gundula Lasch, mit einer endgültigen Entscheidung wenigstens bis zum Herbst abzuwarten, dem ersten Treffen des im September neu zu wählenden Gewerkschaftsrats, wurde ebenso abgelehnt.

Im November 2015 berichtete ein ver.di-Funktionär auf den "Druckertagen", daß zwischen den beiden Sitzungen des Gewerkschaftsrats einzelne hauptamtliche Funktionäre mit Disziplinarmaßnahmen bedroht wurden, sollten sie sich der Kampagne für den Erhalt des Hauses anschließen. Die Ignorierung jeglichen Arguments für einen Erhalt des Hauses durch den Gewerkschaftsrat auf dessen Mai-Sitzung erzwingt die Vermutung, daß dessen Mitglieder vor der zweiten Tagung massiv **bedrängt und genötigt** wurden, für die Schließung des Heinrich-Hansen-Hauses zu stimmen.

Auf dem ver.di-Bundeskongreß im September 2015 hielt Frank Werneke, stellvertretender Vorsitzender und verantwortlich für die ver.di-Finzen, seinen Rechenschaftsbericht. Er erläuterte, daß allein im ersten Halbjahr 2015 an Streikgeldern 110 Millionen Euro ausgezahlt worden seien. Doch noch immer sei die Streikkasse ausreichend gefüllt und werde weiter beschickt. Die genaue Höhe werde er nicht nennen, da dann ver.di in Arbeitskämpfen berechenbar werde.

Dieses Argument halten Beobachter jedoch für wenig überzeugend, da erstens die Finanzbehörden und Geheimdienste über die Vermögenswerte der Gewerkschaft genau Bescheid wissen und zweitens auch innerhalb der Organisation anhand verschiedener Kriterien berechnet werden kann, viel Geld die Streikkasse enthält.

Danach standen Anfang 2015 etwa 550 Millionen Euro zur Verfügung. Selbst wenn es weniger gewesen sein sollten, so hätte der – ohnehin zu hoch angesetzte – Betrag von 3,5 Millionen Euro für die Sanierung des Heinrich-Hansen-Hauses noch nicht einmal zwei Prozent dieser Summe ausgemacht.

Von einer Gefährdung der Streikkasse – einziges Argument für die Schließung! – konnte also keine Rede sein. Darauf vom Unterzeichneten angesprochen, wurde dies im September 2015 von Frank Werneke auch nicht dementiert und lediglich damit beantwortet, daß die Schließung nun beschlossen sei.

Im übrigen hätte ein Bruchteil der Streikgelder für den Erhalt des Heinrich-Hansen-Hauses ausgereicht, die im völlig dilettantischen Poststreik 2015 ausgezahlt wurden.*

Eine Solidaritätsspende des Fachbereichs Medien Rhein-Neckar an die bald erwerbslosen Hörste-Mitarbeiter über 500 Euro wurde von der ver.di-Bundesverwaltung durch Harald Flister untersagt.

Das im Heinrich-Hansen-Haus angesiedelte "Institut für Medien und Kunst" (IMK) soll laut ver.di-Bundesverwaltung in die Bildungsstätte "Buntes Haus" in Sennestadt verlegt worden sein. Die Mitarbeiter und Beschäftigten des IMK wurden weder in die Entscheidung einbezogen noch überhaupt informiert. Im übrigen ist das Haus in Sennestadt viel zu klein für die Veranstaltungen des IMK.

Angesichts der Probleme vieler Gemeinden, Flüchtlinge unterzubringen, wurden Lokalpolitiker bei der ver.di-Bundesverwaltung vorstellig, das Heinrich-Hansen-Haus zu übernehmen. Vertreter der Stadt, des Landkreises und der Feuerwehr standen daher bereits im November 2015 vor den Türen des Heinrich-Hansen-Hauses, um es zu besichtigen. Die dort noch Beschäftigten waren zuvor in keiner Weise von der ver.di-Bundesverwaltung darüber informiert worden. Was den mangelnden

Brandschutz betrifft, so äußerten sich die Behörden dahingehend, daß sie ja schon gegenüber ver.di darauf hingewiesen hätten, daß die notwendigen Sanierungen nach und nach für kleine Summen durchgeführt werden könnten. Das betreffe nun eben auch die Nutzung als Flüchtlingsunterkunft.

Fazit und Einschätzung

Die Niederlage der Freunde des Heinrich-Hansen-Hauses (und derer der ver.di-Jugendbildungsstätte Konradshöhe/Berlin, die ähnlich intrigant geschlossen wird) ist nicht die erste in der Gewerkschaftsgeschichte und wird auch nicht die letzte sein. Doch sie ist umso bitterer, als sie gegenüber Menschen stattfand, die bis dato als Kollegen angesehen wurden. Doch aus Niederlagen gilt es, **Lehren** und Konsequenzen zu ziehen.

Lehre eins: Die Freunde des Heinrich-Hansen-Hauses sahen in der Auseinandersetzung den ver.di-Bundesvorstand als Diskussionspartner an. Das war er aber nicht, sondern er war der Gegner. Entsprechend hätte er behandelt werden müssen. § 211 des Strafgesetzbuches sieht einen Mord als vollendet an, wenn er "heimtückisch" und "aus niederen Beweggründen" begangen wurde. Diese Kategorien hat der ver.di-Bundesvorstand erfüllt, sodaß man vom Mord am Heinrich-Hansen-Haus und an traditionellen Werten der Arbeiterbewegung sprechen kann.

Lehre zwei: Um einen Kampf erfolgreich zu bestehen, ist Organisation nötig. Daran hat es den Freunden des Heinrich-Hansen-Hauses gemangelt. Sie hätten massiver und organisierter vorgehen müssen.

* Der Streik der Postangestellten im Frühjahr 2015 wurde – einmalig in der Gewerkschaftsgeschichte – ohne Urabstimmungen begonnen und beendet. Ergebnis war die Annahme des Angebots der Unternehmerseite, das bereits zu Beginn des Arbeitskampfes vorgelegen hatte – dazu hätte es keines Streiks bedurft. Und damit wurde auch klar, warum die Verantwortlichen auf Urabstimmungen verzichtet hatten. Verantwortlich war übrigens Andrea Kocsis, stellvertretende ver.di-Bundesvorsitzende, die mit Frank Werneke um die Bsirske-Nachfolge wetteifert.

Lehre drei: In einer Mammutorganisation wie ver.di besteht die Gefahr, daß sich die Zentrale verselbständigt, verbürokratisiert und gegen die Mitglieder richtet. Das und die daraus folgenden Tricks und Intrigen des ver.di-Bundesvorstandes wurden übersehen, da man mit einem solchen gewerkschaftsschädigenden Verhalten nicht gerechnet hatte.

Lehre vier: Wenn sämtliche Argumente des ver.di-Bundesvorstandes für die Schließung des Heinrich-Hansen-Hauses hinfällig wurden – was dieser auch nicht dementiert – welches Motiv gäbe es dann? Dies hat er bis heute nicht genannt. So drängt sich die Vermutung auf, daß die letzten Reste der einzigen Industrie-Quellgewerkschaft, der IG Medien, entsorgt werden sollen, weil sie bei **Umbauplänen** stören:

- Viele originäre Gewerkschaftsaufgaben werden wie in Großkonzernen an Fremdfirmen vergeben: Internetauftritt (für eine fünfstellige Summe grottenschlechte Seiten); Mitgliederwerbung (die Firma DFC Deutsche Fundraising Company GmbH schickt Druckerkolonnen auf die Straßen deutscher Großstädte); Redaktionen von Mitgliederzeitungen ("Druck+Papier" wird seit einiger Zeit vom "Pressebüro transit" gefertigt); und vor allem der unsägliche Plan "Perspektive 2015" (P15), der von der Unternehmensberatungsfirma "Nordlicht" in Hamburg entwickelt wurde und von vielen Gewerkschaftern nur noch "Destruktive 2015" genannt wird.
- Vor allem der Plan P15 sieht vor, daß ein paar wenige Callcenter Ansprechpartner für ratsuchende Mitglieder sein sollen. Darüber hinaus werden hauptamtliche Sekretäre streng getrennt in Betriebsbetreuung und Einzelmitgliederbetreuung, obwohl beides nicht getrennt werden kann. P15 sieht außerdem vor, daß zukünftig lediglich "50/50"-Betriebe betreut werden sollen: Betriebe mit mindestens 50 Beschäftigten, von denen mindestens 50% bei ver.di organisiert sind. Alle anderen Betriebe werden abgeschrieben und nicht mehr betreut.

Das zusammengenommen läßt nur den Schluß zu, daß ver.di **systematisch und schleichend umgebaut** werden soll von einer Gewerkschaft hin zu einem Versicherungskonzern, – bei dem im übrigen schon jetzt der Rechtsschutz nur noch sporadisch funktioniert.

Bereits zwei Mal hatte der Fachbereich 8 (Medien, Kunst und Industrie) die Pläne des ver.di-Bundesvorstandes durchkreuzt: Einmal 2007, als der FB 8 aufgelöst und per Gießkanne auf andere Fachbereiche verteilt werden sollte; zum zweiten, als der ver.di-Bundesvorstand zunächst lauthals die Kumpanei von DGB und Unternehmerverband zwecks "Tarifeinheitsgesetz" mitrug und erst der FB 8 im Jahr 2011 das Ruder herumriß. Über Nacht änderte danach Herr Bsirske seine Meinung. Ein solches Querschließen der Drucker, Setzer, Journalisten und Künstler kann natürlich Pläne reifen lassen, diese unbequeme Mitgliedschaft auszuschalten.

Welche **Konsequenzen** sind zu ziehen?

Schlechteste Möglichkeit eins: Die geschilderte von Berlin betriebene Zerschlagung einer kampffähigen Gewerkschaft passiv auszusitzen, ist keine Konsequenz, sondern Schlappschwanzismus.

Zweitschlechteste Möglichkeit zwei: Einzelaustritte aus ver.di sind zwar verständlich, bleiben jedoch wirkungslos, weil individuell.

Drittschlechteste Möglichkeit drei: Mitglied in ver.di bleiben und dort für Veränderungen, Demokratie und Transparenz kämpfen. Dies scheint deshalb als drittschlechteste Konsequenz, da eingeschätzt werden kann, daß der Koloß ver.di nicht mehr zu ändern ist. Ver.di scheint den *point of no return* hinter sich gelassen zu haben. Bei Gründung von ver.di wurde von deren Befürwortern von einem "kampfstarken Stier" gesprochen, der durch den Zusammenschluß entstehe. Erhalten haben die Mitglieder einen Mastochsen. Doch Mastochsen taugen weder zu Arbeit noch zu Fortpflanzung; man kann sie nur

schlachten. In ver.di für Demokratie und Transparenz einzutreten scheint wie der Versuch zu sein, dem Mastochsen die Eier wieder anzunähen.

Viertschlechteste Möglichkeit vier: Übertritt von ver.di-Mitgliedern in eine andere DGB-Gewerkschaft, etwa GEW, IG Metall oder NGG. Doch auch dies wäre eine nur individuelle Konsequenz, wenngleich sie gewerkschaftlichem Gedanken näher steht.

Beste Möglichkeit fünf: Der Fachbereich Medien, Kunst und Industrie (FB 8) trennt sich komplett von ver.di und konstituiert sich wieder als eigenständige, selbstbestimmte und demokratische Mediengewerkschaft unter dem Dach des DGB. Vermögen, das die IG Medien seinerzeit in ver.di einbrachte, ist wieder mitzunehmen. Diese letzte Konsequenz scheint zugegebenermaßen utopisch, wenn auch wünschenswert.

*Hans Dölzer
Vorstandsmitglied im Fachbereich Medien, Kunst und Industrie bei ver.di Rhein-Neckar
Hirschberg, 30.12.2015*

Persönliche Konsequenzen

Der Unterzeichnete entzieht Werneke, Bsirske, Bösch und dem gesamten ver.di-Bundesvorstand das Vertrauen. Er betrachtet diesen Vorstand als Gegner und nicht länger als Kolleginnen und Kollegen.

Der Unterzeichnete bleibt Mitglied in ver.di, sofern er – nach knapp 40jähriger aktiver Mitgliedschaft – nicht ausgeschlossen wird. Er wird sich für die oben beschriebene Möglichkeit fünf einsetzen, für die erneute Konstituierung einer unabhängigen Mediengewerkschaft in den Traditionen von IG Druck+Papier und IG Medien.

Wenn dies auf absehbare Zeit nicht möglich ist, wird der Unterzeichnete die oben beschriebene Möglichkeit vier wahrnehmen.